

BMEIA-EU.2.13.47/0053-II.1/2016

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

27/4.3

**EU; Tagung des Rates Auswärtige Angelegenheiten
am 12. Dezember 2016**

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Am 12. Dezember fand in Brüssel eine Tagung des Rates Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Neben der künftigen Ausrichtung der EU-Beziehungen zu Afrika standen die Migrationsfrage und die Situation in Syrien im Zentrum der Beratungen.

Die Diskussion zu Afrika fand vor dem Hintergrund der Veröffentlichung einer Gemeinsamen Erklärung im April sowie des EU-Afrika Gipfels im November 2017 statt. Ich betonte, dass die EU insbesondere Trends wie die demographische Entwicklung Afrikas in den Mittelpunkt ihres Handels stellen und vermehrt auf Wirtschaftspartnerschaften mit Afrika setzen solle. Im Zuge der Diskussion zur Lage in der Demokratischen Republik Kongo wurde ein Ratsbeschluss zur Anwendung restriktiver Maßnahmen (Einreisesperren) auf sieben Mitverantwortliche für die rezente Gewalteskalation angenommen.

Im Rahmen des informellen Mittagessens zu Syrien informierte die Hohe Vertreterin (HV) Mogherini über ihre Outreach-Aktivitäten zu regionalen Akteuren der Syrien-Krise. Der französische Außenminister berichtete über das Treffen der *like-minded group* in Paris am 10. Dezember. Eine EU-Erklärung zu Syrien war bereits vor dem RAB, am 9. Dezember, veröffentlicht worden.

Unter dem Tagesordnungspunkt Migration informierte HV Mogherini zum Status quo der Migrationspartnerschaftsrahmen der EU mit Äthiopien, Mali, Niger, Nigeria und Senegal. Ich verwies auf den Anstieg illegaler Anlandungen über die zentrale Mittelmeerroute im Gegensatz zur Westbalkanroute und betonte, dass ein Plan A zur Lösung der Migrationskrise und Sicherstellung des effektiven Außengrenzschutzes dringend erforderlich sei. Die Migrationspartnerschaften der EU hieß ich willkommen und forderte die Ausweitung des „Less for Less“-Prinzips bei fehlender Bereitschaft zur Rückübernahme von Staatsangehörigen durch die Partnerländer der EU.

Die Schlussfolgerungen der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 4. Jänner 2017
KURZ m.p.